

Zivil-militärische Zusammenarbeit

Die Bundeswehr stellt den Katastrophenschutz in ihren Dienst

Ulla Jelpke

In das Konzept der militärischen »Zivilverteidigung« sollen auch zivile Hilfsorganisationen integriert werden: Die »ehrenamtlichen Hilfeleistungspotentiale« bei Freiwilliger Feuerwehr, Technischem Hilfswerk, Rotem Kreuz und anderen Organisationen werden als »Basis und Rückgrat« des Systems beschrieben, auf das der Bund für den – militärischen – Zivilschutz »zugreift«. Diese Vorstellung reiht sich ein in eine Serie von Maßnahmen der sogenannten zivil-militärischen Zusammenarbeit. Diese wurde, nachdem die Union ihre Pläne für eine Grundgesetzänderung für Inlandseinstze der Bundeswehr mangels Mehrheit zurückstellen musste, in den letzten Jahren systematisch ausgebaut.

Dazu gehören zum einen Kooperationsabkommen etwa zwischen Bundeswehr und Rotem Kreuz, anderen Sanittsorganisationen und Technischem Hilfswerk, die diese Organisationen näher ans Militär rücken sollen. Zum anderen wird die Militarisierung befördert, indem die Bundeswehr direkt in die eigentlich zivilen Strukturen des Katastrophenschutzes vordringt.

Für diesen Zweck wurden im Jahr 2007 bundesweit 441 Kommandos aus Reservisten auf Landes-, regionaler und kommunaler Ebene aufgestellt und Katastrophenschutzstben von Rathäusern und Regierungspräsidien zur Seite gestellt. Im Ernstfall können sie, wie es offiziell heißt, Unterstützungsleistungen bei Naturkatastrophen oder »Großschadenslagen« leisten. Der politisch entscheidende Punkt ist dabei die Definitionsmacht über den Begriff »Katastrophe«. Auf eine kleine Anfrage der Linksfraktion hin hatte die Bundesregierung schon vor Jahren auch einen Militäreinsatz anlässlich von Streiks im Transport-, Energie- oder Gesundheitswesen sowie bei der Müllabfuhr für prinzipiell möglich erklärt: Eine Entscheidung darüber

werde vom »jeweiligen Einzelfall« abhängig gemacht. Die im Luftsicherheitsgesetz verankerte Absicht, die »Hilfe« in Katastrophenlagen bis hin zum Abschuss eines terrorverdchtigen Flugzeugs zuzulassen, wurde vom Bundesverfassungsgericht im Jahr 2006 kassiert. Im Jahr 2012 änderte das Gericht allerdings seine Rechtsprechung und erklärte militärische Mittel zur Katastrophenabwehr für prinzipiell zulässig. Im gleichen Jahr begann der Aufbau sogenannter Regionaler Sicherungs- und Untersttzungskrfte der Bundeswehr, die ebenfalls bis auf weiteres aus Reservisten bestehen. Ihre Aufgabe wird als »Heimatschutz« beschrieben – das umfasst nach Darstellung der Bundeswehr auch Hilfe in tatsächlichen Katastrophenlagen. Oberste Priorität hat aber die militärische Unterstützung der Truppe im Verteidigungsfall oder bei der Niederschlagung innerer Unruhen.

Vor wenigen Wochen hat die Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) gefordert, Bundeswehr und Polizei mussten gemeinsame Übungen durchführen, um sich für Inlandseinstze fit zu machen. Zu den ersten Unterstützern dieser Forderung gehörte die »grün-schwarze« Landesregierung Baden-Württembergs.

<http://www.jungewelt.de/2016/08-26/070.php>